Stadt Zürich



Tag der Arbeit im Dauerregen: Zwei Afrikaner blieben guter Laune, Tausende liefen am Umzug mit, George-Clooney-Masken warben für Fairtrade-Kaffee, bei Hülya Gabriel gabs babylonisches Couscous und Geschichtslektionen (im Uhrzeigersinn von links).

Die Teilnehmer waren jung, die Parolen pragmatisch

8000 Menschen verloren am 1.-Mai-Umzug nicht die Beherrschung. Und demonstrierten friedlich. Das Fest auf dem Zeughausareal litt unter dem Wetter.

Von Doris Fanconi (Bilder) und Denise Marquard (Text)

Mit dem Slogan «Verlieren wir die Beherrschung» hatte das 1.-Mai-Komitee schon Wochen vor dem Tag der Arbeit provoziert. Der Satz sei eine Aufforderung zur Gewalt, kritisierten Bürgerliche und sogar Gewerkschafter. Die Befürchtungen waren unbegründet: Die 8000 Teilnehmer des samstäglichen Umzugs wurden zwar verregnet. Aber Umzug und Fest blieben friedlich.

«Der 1. Mai verläuft jedes Jahr gleich», mäkeln die Kritiker. Das stimmt nicht ganz. Am Samstag waren auffallend viele junge Menschen dabei, und die klassenkämpferischen Parolen aus des Steinzeit fehlten weitgehend. Natürlich wurde die Gier der Manager und der Banker angeprangert, doch viele Parolen waren sehr pragmatisch. «Gesundheit ist keine Ware», stand auf den Transparenten einer Gruppe weiss gekleideter Demonstranten. Die Vereinigung unabhängiger Ärzte wollte damit auf fehlende Hausärzte, Qualitätsabbau, steigende Krankenkassenprämien und ökonomisierte Bildung aufmerksam machen, «Wir konsumieren die Welt», warnte eine Gruppe Jugendlicher auf ihren T-Shirts.

Trämler fühlen sich ausgenutzt

Obwohl die Trams am 1. Mai nicht mehr im Depot bleiben, waren auch die Trämler stark vertreten. Auf dem Banner der VBZ-Gewerkschafter war zu lesen: «Hört auf mit dem Minutenklau - kein weiterer Gesundheitsraubbau.» Bei den Trämlern ist die Stimmung mies. Sie leiden unter Spardruck und dem Zwang, die Produktivität zu steigern. «Der Stress hat in den letzten 15 Jahren ganz beträchtlich zugenommen», schimpft einer. «Die Neuen erhalten weniger Lohn, die Älteren werden unter Druck

gesetzt, um schlechtere Verträge abzuschliessen.»

Der Umzug setzte sich zu spät in Bewegung und wuchs dann lawinenartig an. Frauen, Männer, Ausländer, ganze Familien gesellten sich dazu. Für einen ersten Stopp sorgte am Stauffacher ein kurzes Agitproptheater. Auf dem Dach des ehemaligen Tramhäuschens und derzeitigen Restaurants Bubu inszenierte eine Gruppe Vermummter die permanente Effizienzsteigerung und die damit einhergehende Ausbeutung bis zur Entlassung. Dann ging es weiter Richtung Bahnhofplatz und via Limmatquai bis zum Bürkliplatz. Die Stimmung war heiter: Wie Kinder liessen einzelne

Teilnehmer Seifenblasen steigen und zerplatzen. Andere nutzten die Gelegenheit, quer durch alle Berufsgattungen hindurch über die allgemeine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu schimpfen.

4000 Franken Mindestlohn

Der Klassenkampf kam diesmal erst am Schluss: Die neue Präsidentin des VPOD, die grüne Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber, hielt auf dem Bürkliplatz eine flammende Rede gegen den weltweiten Bankenkollaps und seine Folgen, gegen die weltweite Staatsverschuldung und die Zunahme der Armut. «Sie wollen unsere Renten kürzen und

die Pflegleistungen abbauen», sagte sie. «Bei der Invalidenversicherung wird gestrichen, und gleichzeitig werden die Superreichen mit einem Steuergeschenk belohnt. Schluss damit! Wir fordern Arbeit für alle und einen Mindestlohn von 4000 Franken.»

Die Hauptrednerin, die venezolanische Frauenministerin Maria León, rief dazu auf, den Kampf für Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit zu globalisieren. Den Abschluss bildete Vania Alleva, Geschäftsleitungsmitglied der Gewerkschaft Unia. Sie stellte die wachsende soziale Ungleichheit an den Pranger, die bald zu Spannungen führen werde.

Fest auf dem Zeughausareal

Das 1.-Mai-Komitee rechnet mit einer saftigen Busse

Nass und kalt war es. Wer mag da schon feiern? Anna Klieber, Sprecherin des 1.-Mai-Komitees, staunte deshalb über die Besucherzahlen. Sie schätzt, dass sich allein am Samstag zwischen 4000 und 5000 Menschen auf dem Zeughausareal aufhielten. Das ist zwar ein Klacks im Vergleich zum letzten Jahr, als bei hochsommerlichen Temperaturen 12 000 Menschen zusammengeströmt waren. Es hätten aber aufgrund der Umstände auch massiv weniger sein können, sagt Klieber. Trotzdem rechnet sie mit einem Defizit.

Zudem erwartet das Komitee eine Verzeigung und eine saftige Busse. Denn es hat sich nicht an die vom Stadtrat gemachte Auflage gehalten, den Festbetrieb erst ab 20 Uhr zuzulassen. Schon letztes Jahr kam es zu dieser Befehlsverweigerung. Allerdings sagt Klieber, sei man damals von den Besuchern buchstäblich überrannt worden. Das

Komitee kassierte eine Verzeigung, 300 Franken Busse und 200 Franken Schreibgebühren. Dieses Jahr verhielt es sich anders. Das Komitee hat die Befehlsverweigerung, die auch von SP, Grünen und AL unterstützt wurde, via Medien angekündigt. Und rechnet deshalb mit einer höheren Busse.

Babylonische Teller

Drei Tage lang hätte das Fest auf dem Zeughausareal dauern sollen, doch nur am Samstag kam so etwas wie Stimmung auf. Aber auch an diesem Tag zogen die Besucher geschlossene Räume vor. In den Zeughäusern fand ein vielseitiges politisches und kulturelles Programm statt, das laut Komitee auf so grosses Interesse gestossen sei wie schon lange nicht mehr. Auf dem Areal selbst reihten sich Essstände wie an einem fernöstlichen Basar. Die meisten davon befanden sich in türkischer

Hand. Das zeigte sich auch im Angebot: Falafel, Kebab und Baklavi so weit das Auge reichte. Nur Kenner bemerkten die kleinen Unterschiede. Zum Beispiel bei Hülya Gabriel. Dort gab es einen babylonischen Teller mit Couscous und Gemüseeintopf. Wer fragte, was das sei, wurde gleich in ein Gespräch über die Geschichte der Assyrer verwickelt, die 1915 zusammen mit den Armeniern und Griechen massakriert worden waren.

Aufgefallen sind auch Mitglieder der Erklärung von Bern, einer Organisation, die sich für die Anliegen der Dritten Welt einsetzt. Sie verkleideten sich als George Clooney und klärten über fairen Kaffeehandel auf. Daneben wurden an einem Stand Unterschriften für die Kampagne «Kein Kind ist illegal» gesammelt. Sie hat zum Ziel, die Lebenssituation von Sans-Papiers-Kindern und -Jugendlichen zu verbessern.